



Bericht aus Berlin

20 / 2012

Viel Freude bei der Lektüre verbunden mit den besten Wünschen für das anstehende Weihnachtsfest und das neue Jahr wünscht Ihnen

Ihr

Peter Götz

Aus dem Bundestag

„Bemühungen zeigen Erfolge“

Am Donnerstag gab die Bundeskanzlerin eine Regierungserklärung zum Europäischen Rat am 13. und 14. Dezember in Brüssel ab, in dessen Mittelpunkt der Fahrplan zur weiteren Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion steht. Dank des Sparkurses sind erste Erfolge in der Eurokrise sichtbar, erklärte die Bundeskanzlerin kurz vor ihrer Abreise nach Brüssel. Sie forderte weitere Reformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum. Dazu sei mehr wirtschaftspolitische Koordinierung nötig. Zu neuen finanziellen Anreizen zeigte sie sich in ihrer Regierungserklärung bereit und äußerte Erleichterung über den Grundsatzbeschluss der EU-Finanzminister zu einer gemeinsamen Bankenaufsicht. In Irland, Spanien, Portugal und Griechenland gebe es Anzeichen für eine Überwindung der Krise, sagte Merkel. Den Bürgern in diesen Ländern verlange das viel ab. „Aber die Mühe ist nicht umsonst. Die Bemühungen zeigen Erfolge.“ Sie würdigte, dass Irland Defizite abgebaut hat und die Lohnstückkosten in Portugal, Spanien und auch Griechenland gesunken sind. Die Bemühungen etwa der griechischen Regierung hätten weiter die Unterstützung Deutschlands verdient. Merkel signalisierte die Bereitschaft Deutschlands, zur Erholung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Partner befristete finanzielle Anreize zu schaffen. Sie warnte jedoch: „Dies sollte nicht missverstanden werden.“ Dies könne nicht als „Vorwand zur Erschließung neuer Geldquellen“ verstanden werden. Das sei jedenfalls mit Deutschland nicht zu machen. Konsolidierung sei notwendige Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum. Vom EU-Gipfel in Brüssel erwarte sie einen Fahrplan für konkrete weitere Schritte hin zu mehr Wettbewerbsfähigkeit in Europa und zu mehr wirtschaftspolitischem Gleichklang. Die industrielle Produktion in der EU müsse wieder kräftiger werden. „Deshalb stehen wir bei der zwingend

notwendigen Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung ganz am Anfang.“ Verlust von Wettbewerbsfähigkeit eines Staates könne für alle EU-Staaten neue Probleme bringen, sagte Merkel. Nötig sei ein neues gestuftes, differenziertes Verfahren: Die einzelnen EU-Staaten sollten mit Zustimmung ihrer Parlamente rechtsverbindliche Reformvereinbarungen mit der Gemeinschaft schließen. Über die grundsätzliche Einigung der EU-Finanzminister auf eine europäische Bankenaufsicht zeigte sich Merkel erleichtert: „Es ist nicht hoch genug einzuschätzen.“ Es sei gelungen, Kernforderungen Deutschlands durchzusetzen. Weitere Informationen zur Regierungserklärung sowie den vollen Wortlaut der Rede von Bundeskanzlerin Merkel können Sie unter: www.bundestag.de abrufen.

Wolfgang Schäuble 40 Jahre im Bundestag

In dieser Woche beging die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag ein ganz besonderes Dienstjubiläum, welches in der Geschichte der Bundesrepublik erst einmal gefeiert wurde und zwar am 7. September 1989 vom ehemaligen Bundestagspräsidenten Richard Stücklen. Stücklen gehörte an diesem Tag seit der ersten Wahl 1949 dem Deutschen Parlament 40 Jahre ununterbrochen an. Richard Stücklen schied mit Ablauf der 11. WP im Dezember 1990 aus dem Deutschen Bundestag aus und ist seither dienstältester MdB mit 41 Jahren oder 15.078 Tagen ununterbrochener Mitgliedschaft. In dieser Woche jährte sich zum 40. Mal die Konstituierung des 7. Deutschen Bundestages. Am 13. Dezember 1972 zog erstmals der damals 30-jährige Regierungsrat im Finanzamt Freiburg, Dr. Wolfgang Schäuble, für den Wahlkreis Offenburg in den Deutschen Bundestag ein. Wolfgang Schäuble ist damit aktuell der dienstälteste Abgeordnete. In einer kleinen Feierstunde wurde im Beisein des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert an die Höhepunkte des parlamentarischen Wirkens Schäubles erinnert.

Parlamentsdeutsch...

Federführung: Nach der ersten Lesung überweist das Plenum die Gesetzentwürfe, Anträge und andere Vorlagen zur Beratung an die zuständigen Ausschüsse. Hier findet die eigentliche Arbeit im Detail statt. Dabei übernimmt ein Ausschuss die Federführung, das heißt, er übernimmt die parlamentarische Leitung der Beratung und formuliert die Beschlussempfehlung für das Plenum. Andere Ausschüsse können mitberatend tätig sein, wenn ihre Aufgabenbereiche berührt werden.

Nachrichten

Götz bei Kongress der CDU/CSU im Reichstag



Als Weltpräsident der Global Parliamentarians on Habitat nahm Peter Götz am Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Herausforderung Weltbevölkerungswachstum – Ist unsere Entwicklungspolitik gewappnet?“ und an der Podiumsdiskussion „Wie viele Menschen erträgt unser Planet?“ teil. Götz wies u.a. darauf hin, dass in den Schwellen- und Entwicklungsländern vor allem das Prinzip „Hoffnung“ die ungebremste Zuwanderung in die Megacities forciert. Die Menschen erhofften sich in

den Städten ein besseres Leben, Arbeit und Versorgung. Deshalb sei der Entwicklung des ländlichen Raums – sei es mit Infrastruktur, Bildungs- und Arbeitschancen – eine hohe Bedeutung beizumessen. Außerdem müssten die politisch verantwortlichen Akteure vor Ort intensiver geschult werden, z.B. in Sachen Eigenverantwortung, Finanzautonomie, Dezentralisierung anbelangt.

Den Kongress können Sie in voller Länge unter nachfolgendem Link nachverfolgen:

http://www.youtube.com/watch?v=PHhv-W2u_5U

Jugendmedienworkshop

Der Bundestagsabgeordnete Peter Götz informiert, dass der Deutsche Bundestag gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Jugendpresse Deutschland mittlerweile zum zehnten Mal 30 junge Journalistinnen und Journalisten zu einem Workshop nach Berlin einlädt. Vom 17. bis 23. März 2013 werden die Jugendlichen hinter die Kulissen des parlamentarischen und medialen Geschehens in der Hauptstadt blicken. Sie hospitieren in Redaktionen, lernen Hauptstadt-Journalisten kennen, diskutieren mit Abgeordneten aller Fraktionen, besuchen Plenarsitzungen im Deutschen Bundestag und erstellen eine eigene Veranstaltungszeitung. Der Titel der Veranstaltung lautet in diesem Jahr: „Wohin wollen wir gehen? Irrgarten Demografie – Gesucht: Lebenswege 3.0“. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden sich mit dem demografischen Wandel unserer Gesellschaft und den Auswirkungen auf die verschiedenen Generationen sowie den eigenen Lebensweg auseinandersetzen und die Antworten der Politik auf diese Herausforderung aus Sicht einer jungen Generation hinterfragen. Bewerben können sich interessierte Jugendliche im Alter zwischen 16 und 20 Jahren mit einem journalistischen Beitrag zum Thema des Workshops.

Eingereicht werden können Artikel, Video-/Audiobeiträge oder Fotoarbeiten. Nähere Informationen zum Workshop und den Bewerbungsbedingungen finden sich auf der Homepage

<http://bundestag.jugendpresse.de>.

Bei Bedarf können sich Interessierte auch gern an den Bundestagsabgeordneten Peter Götz unter peter.goetz@wk.bundestag.de wenden.

Bewerbungsschluss ist der 15. Januar 2013.



In dieser Sitzungswoche referierte im Rahmen der AG Kommunalpolitik die kommunalpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Sabine Verheyen MdEP zu den EU-Vorhaben Vergaberechtspaket und Einlagensicherung.

Einige interessante Daten und Fakten...

Die Rente ist stabiler denn je

Laut Rentenversicherungsbericht ist die Rentenkasse zum Jahresende 2012 mit 29,4 Mrd. Euro äußerst gut gefüllt. Dies entspricht 1,69 Monatsausgaben. Zum Jahresende 2011 hatte die Nachhaltigkeitsrücklage mit 24,1 Mrd. Euro noch 5,3 Mrd. Euro weniger betragen (1,42 Monatsausgaben). Trotz der Beitragssenkung zum Jahresbeginn 2012 haben sich die Einnahmen der Rentenversicherung besser entwickelt als erwartet. Grund für den Zuwachs in der Rentenkasse ist vor allem die positive wirtschaftliche Entwicklung und verbunden damit die deutlich gestiegenen Beitragseinnahmen. Der Beitragssatz sinkt entsprechend den gesetzlichen Regeln zum 1. Januar 2013 von 19,6 auf 18,9%. Dadurch werden Arbeitnehmer und Arbeitgeber jeweils um 3,2 Mrd. Euro entlastet. Dies ist der niedrigste Beitrag seit 1996, der voraussichtlich bis 2018 stabil bleiben kann.

Gleichzeitig können die Rentnerinnen und Rentner im Westen Deutschlands bis 2016 nach derzeitigen Schätzungen mit einem Plus von 8,5%, im Osten sogar mit einem Plus von 11,55% rechnen.

(Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales)

Nachhaltigkeitsfaktor wirkt positiv auf Rentenniveau

Als im Jahr 2004 der Nachhaltigkeitsfaktor eingeführt wurde, rechneten die Experten mit einer Absenkung des Netto-Rentenniveaus vor Steuern von damals 51% auf 43% im Jahr 2030. Wenn in den Vorausberechnungen der Rentenversicherung dieses Mindestziel als gefährdet angesehen wird, muss der Gesetzgeber aktiv werden (§ 154 SGB VI). Für uns ist ein Rentenniveau von 43% keine Zielgröße, sondern eine Auffanglinie: Das Rentenniveau wird in mindestens dieser Höhe garantiert. Seit 2005 konnten die Annahmen für das künftige Rentenniveau ständig nach oben angepasst werden, denn der Nachhaltigkeitsfaktor wirkt positiv: Weil die Zahl der beitragszahlenden Arbeitnehmer schneller steigt als die Zahl der Rentner, puffert der Nachhaltigkeitsfaktor sogar die Rentenniveauabsenkung ab. Der positive Effekt des Nachhaltigkeitsfaktors betrug in den Jahren 2007 und 2008 jeweils 0,2 Prozentpunkte, im Jahr 2009 dann 0,3 Prozentpunkte und im aktuellen Jahr sogar 2,1 Prozentpunkte. Ging man im Jahr 2005 davon aus, dass das Rentenniveau bis zum Jahr 2018 auf 46,3% sinkt, sieht die Prognose im aktuellen Rentenversicherungsbericht das Rentenniveau im Jahr 2018 bei 48,1% – das sind fast zwei Prozentpunkte mehr, als bei der Verabschiedung der Rentenreform erwartet wurde. Die beschriebene Wirkung des Nachhaltigkeitsfaktors zeigt politische Handlungsmöglichkeiten auf: Eine steigende Erwerbstätigkeit kompensiert den Rückgang der Bevölkerung zumindest teilweise. Also kann die stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren oder der Zuzug von gut Qualifizierten aus dem Ausland das Rentenniveau über den Nachhaltigkeitsfaktor erhöhen.

(Quelle: Rentenversicherungsbericht 2012)